



14. Nov. 1990

Unterzeichnung eines Globalentschädigungs-
 abkommens mit der Sowjetunion

Aufgrund des Antrags des EDA vom 2. November 1990

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Vom Bericht des EDA wird zustimmend Kenntnis genommen.
2. Herr René Felber, Bundesrat, Vorsteher des EDA, wird beauftragt, anlässlich seines bevorstehenden Besuchs in Moskau das Abkommen zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken betreffend die Regelung der nach dem 1. September 1939 entstandenen finanziellen Ansprüche unter Ratifikationsvorbehalt zu unterzeichnen.
3. Sollte die Reise des Vorstehers des EDA nach Moskau nicht zustandekommen, wird der Schweizerische Botschafter in der Sowjetunion oder sein Stellvertreter beauftragt, das Abkommen unter Ratifikationsvorbehalt zu unterzeichnen.
4. Im Falle von Ziffer 3. erstellt die Bundeskanzlei die Vollmacht.
5. Das EDA wird beauftragt, nach Unterzeichnung des Abkommens im Sinne der Erläuterungen im Antrag Botschaft und Entwurf zum Bundesbeschluss über das Abkommen auszuarbeiten.

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
X		EDA	10	-
		EDI		
		EJPD		
		EMD		
	X	EFD	7	
	X	EVD	5	-
		EVED		
	X	BK	1	-
		EFK		
		Fin.Del.		

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer:



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

3003 Bern, 2. November 1990

Vertraulich

An den Bundesrat

**Unterzeichnung eines Globalentschädigungs-
abkommens mit der Sowjetunion**

1. Mit Beschluss vom 14. Februar 1990 haben Sie vom Antrag des EDA vom 2. Februar 1990 betreffend Entschädigungsverhandlungen mit der Sowjetunion Kenntnis genommen und dieses beauftragt, im Sinne des Antrags mit der Sowjetunion Verhandlungen über den Abschluss eines Globalentschädigungsabkommens betreffend gegenseitige vermögensrechtliche Ansprüche aus der Zeit nach Beginn des 2. Weltkriegs zu führen.
2. Darauf fanden vom 22. Februar bis zum 2. März 1990 in Bern entsprechende Verhandlungen statt, die sowjetischerseits von I.F. Koslovski, Stellvertretender Direktor der Hauptabteilung des Finanzministeriums der UdSSR, und schweizerischerseits von Minister B. Godet, Stellvertretender Direktor der Direktion für Völkerrecht des EDA, geleitet wurden.

Die Verhandlungen führten zur Paraphierung des englischsprachigen Texts eines Entschädigungsabkommens, welches die Bezahlung einer Summe von 5,75 Mio. Schweizerfranken durch die Sowjetunion an die Schweiz zur Abgeltung der nach dem 1. September 1939 entstandenen finanziellen Ansprüche vor-

sieht. In einem gemeinsamen Protokoll vom 2. März 1990 empfehlen die Verhandlungsdelegationen ihren Regierungen die Unterzeichnung dieses Abkommens in französischer und russischer Sprache und geben ihre Absicht bekannt, ihren Regierungen ebenfalls die Aufnahme von Vorgesprächen zu empfehlen im Hinblick auf den Abschluss eines Entschädigungsabkommens über die Schäden, welche schweizerische natürliche und juristische Personen in der Sowjetunion vor dem 1. September 1939 erlitten hatten (sog. Revolutionschäden).

3. Nach Bereinigung der französischen und russischen Abkommenstexte ist vorgesehen, dass der Vorsteher des EDA anlässlich seines bevorstehenden offiziellen Besuchs in Moskau das Entschädigungsabkommen, wenn möglich zusammen mit dem ebenfalls am 2. März 1990 paraphierten Investitionsschutzabkommen, unter Ratifikationsvorbehalt unterzeichnen wird. Sollte die Reise nicht zustandekommen, könnte der Schweizerische Botschafter in der Sowjetunion oder sein Stellvertreter ermächtigt werden, das Abkommen zu unterzeichnen.
4. Beim ausgehandelten Abkommen handelt es sich um ein typisches Globalentschädigungsabkommen, mit welchem alle gegenseitigen völkerrechtlichen Wiedergutmachungsansprüche durch Bezahlung einer globalen Abgeltungssumme gegen Saldoquittung endgültig geregelt werden. Die Verteilung dieser Summe wird interne Angelegenheit der Schweiz sein. Ins Abkommen eingeschlossen werden auch die (nicht ins Gewicht fallenden) liechtensteinischen Ansprüche.

Angesichts der jüngsten politischen Entwicklungen insbesondere im Baltikum ist es - im Gegensatz zu den bisher von der Sowjetunion abgeschlossenen Abkommen, die Schäden in den im 2. Weltkrieg sowjetisch gewordenen Gebieten betref-

fen - bewusst vermieden worden, die baltischen Staaten bzw. die Sowjetrepubliken namentlich zu erwähnen, in denen die im Abkommen geregelten Ansprüche entstanden sind. Damit kommt klar zum Ausdruck, dass es sich um die Regelung völkerrechtlicher Forderungen gegenüber der Sowjetunion und nicht gegenüber diesen Staaten bzw. Sowjetrepubliken handelt (vgl. Ziffer 6. unseres Antrags vom 2. Februar 1990).

5. Was die entscheidende Frage der Globalentschädigung betrifft, darf das Ergebnis von 5,75 Mio. Fr. im Lichte unserer Ausführungen im erwähnten Antrag (Ziffern 3., 4. und 5.) und angesichts der wirtschaftlichen Lage der Sowjetunion als befriedigend bezeichnet werden. De facto hat die Sowjetunion auf Ihre Gegenforderungen von 6,7 Mio. Fr. verzichtet und - in Abweichung ihrer Praxis, möglichst nur Abkommen "mit geschlossener Börse" ("mutual waiver") abzuschliessen - der schweizerischen Forderung entsprochen, einen substantiellen, mehr als bloss symbolischen Betrag zu bezahlen. In Anbetracht der bedeutenden Kriegsschäden und der Abgeltungssummen der letzten von der Schweiz abgeschlossenen Entschädigungsabkommen mit Marokko (20%) und Zaire (knapp 10%) konnte das durch die sowjetische Delegation von zunächst 5 Mio. Fr. auf schliesslich 5,75 Mio. Fr. erhöhte Angebot (ca. 25%) umsomehr angenommen werden, als aufgrund des im Vollzugsverfahren zu erlassenden öffentlichen Aufrufs an die Geschädigten wahrscheinlich ein nicht unwesentlicher Teil der in den Verhandlungen geltend gemachten Ansprüche gar nicht mehr angemeldet werden dürfte.

Schliesslich galt es aber vor allem, den für eine endliche Regelung dieses alten Contentieux' günstigen Zeitpunkt zu nutzen. Wie richtig dies war, zeigt die jüngste politische und wirtschaftliche Entwicklung in der Sowjetunion, welche dazu geführt hat, dass das sowjetische Aussenministerium in einer Note vom 7. September 1990 die Aufnahme der in Aus-

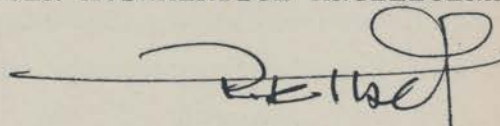
sicht gestellten Vorgespräche über die Revolutionsschäden zwar nach wie vor als "en principe indispensable" beurteilt, aber auf einen späteren, unbestimmten Termin verschoben hat.

6. Das Abkommen wird in Kraft treten, sobald die beiden Regierungen sich auf diplomatischen Weg notifiziert haben werden, dass die verfassungsrechtlichen Formalitäten zum Abschluss und Inkrafttreten von Staatsverträgen erfüllt sind.

7. Die Eidg. Finanzverwaltung, EFD, und das Bundesamt für Ausenwirtschaft, EVD, erklären sich mit unserem Antrag einverstanden.

Wir beantragen Ihnen, dem beiliegenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT
FUER AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN



René Felber

Beilagen: - Entwurf des Beschlussdispositivs
- "Protocole" vom 2. März 1990 mit englischem
Abkommenstext
- Französischer Abkommenstext

Zum Mitbericht an: - EFD
- EVD

Protokollauszug an: - EDA
- EFD
- EVD
- Bundeskanzlei

Unterzeichnung eines Globalentschädigungs- abkommens mit der Sowjetunion

Aufgrund des Antrags des EDA vom 2. November 1990

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Vom Bericht des EDA wird zustimmend Kenntnis genommen.
2. Herr René Felber, Bundesrat, Vorsteher des EDA, wird beauftragt, anlässlich seines bevorstehenden Besuchs in Moskau das Abkommen zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken betreffend die Regelung der nach dem 1. September 1939 entstandenen finanziellen Ansprüche unter Ratifikationsvorbehalt zu unterzeichnen.
3. Sollte die Reise des Vorstehers des EDA nach Moskau nicht zustandekommen, wird der Schweizerische Botschafter in der Sowjetunion oder sein Stellvertreter beauftragt, das Abkommen unter Ratifikationsvorbehalt zu unterzeichnen.
4. Im Falle von Ziffer 3. erstellt die Bundeskanzlei die Vollmacht.
5. Das EDA wird beauftragt, nach Unterzeichnung des Abkommens im Sinne der Erläuterungen im Antrag Botschaft und Entwurf zum Bundesbeschluss über das Abkommen auszuarbeiten.

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

P r o t o c o l e

sur les négociations entre une délégation suisse et une
délégation soviétique concernant le règlement de prétentions
financières survenues après le 1er septembre 1939

1. Du 22 février au 2 mars 1990 ont eu lieu à Berne des négociations entre une délégation suisse, dirigée par Monsieur B. Godet, Ministre, Directeur suppléant de la Direction du droit international public du Département fédéral des affaires étrangères, et une délégation soviétique, dirigée par Monsieur I.F. Koslovski, Directeur suppléant de l'Administration principale du Ministère des finances, en vue de la conclusion d'un accord d'indemnisation global portant sur des prétentions financières survenues après le 1er septembre 1939.
2. Les deux délégations se sont entendues sur le texte anglais ci-joint d'un accord d'indemnisation global portant sur le versement par l'Union soviétique en faveur de la Suisse d'un montant de 5,75 millions (cinq millions sept cent cinquante mille) de francs suisses et elles en recommandent la signature dans les versions française et russe à leur gouvernement respectif.
3. Les deux délégations ont fait part de leur intention de recommander à leur gouvernement respectif l'ouverture de pourparlers préliminaires en vue de la conclusion d'un accord concernant le règlement de prétentions financières survenues avant le 1er septembre 1939.

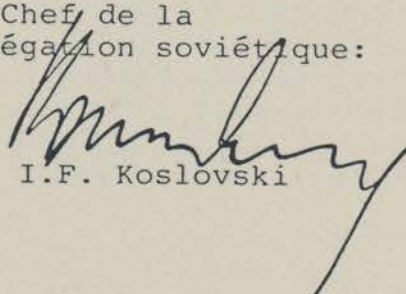
Berne, le 2 mars 1990

Le Chef de la
Délégation suisse:



B. Godet

Le Chef de la
Délégation soviétique:



I.F. Koslovski

A G R E E M E N T .

BETWEEN THE SWISS FEDERAL COUNCIL AND THE GOVERNMENT OF THE UNION OF SOVIET SOCIALIST REPUBLICS CONCERNING THE SETTLEMENT OF FINANCIAL CLAIMS ARISING AFTER 1 SEPTEMBER, 1939

The Swiss Federal Council

and

the Government of the Union of Soviet Socialist Republics,

Wishing to reach a final settlement of financial claims arising after 1 September, 1939,

Have agreed as follows:

Article 1

The Government of the Union of Soviet Socialist Republics shall pay to the Swiss Federal Council a net lump sum of 5,75 millions (five millions seven hundred and fifty thousand) Swiss francs in full and final settlement of all financial claims arising after 1 September, 1939 which were the subject of preliminary talks and negotiations between the two sides since 1972. Payment shall be made within a period of six months from the date of entry into force of this Agreement.

Article 2

From the final payment of the lump sum mentioned in article 1 of this Agreement, neither of the Contracting Parties shall assert or in any way support any claim settled pursuant to the present Agreement against the other Contracting Party, either on its own account or on account of physical or juridical persons of the Swiss Confederation or the Union of Soviet Socialist Republics.

Article 3

Each of the contracting Parties is solely responsible for the implementation of this Agreement concerning the settlement of financial claims of their respective physical and juridical persons.

Article 4

The present Agreement shall extend its effects to the Principality of Liechtenstein.

Article 5

This Agreement shall enter into force on the day when both Governments have notified each other through diplomatic channels that they have complied with the constitutional requirements for the conclusion and entry into force of international agreements.

In witness whereof the undersigned, duly authorized thereto, have signed this Agreement.

Done in duplicate at this in the
French and Russian languages, both texts being equally
authentic.

FOR THE SWISS
FEDERAL COUNCIL:

FOR THE GOVERNMENT OF THE
UNION OF SOVIET SOCIALIST
REPUBLICS:

ACCORD ENTRE LE CONSEIL FEDERAL SUISSE ET LE GOUVERNEMENT DE
L'UNION DES REPUBLIQUES SOCIALISTES SOVIETIQUES CONCERNANT LE
REGLEMENT DES PRETENTIONS FINANCIERES SURVENUES APRES LE 1ER
SEPTEMBRE 1939

Le Conseil fédéral suisse

et

le Gouvernement de l'Union des Républiques socialistes
soviétiques,

désireux d'aboutir à un règlement définitif des prétentions
financières survenues après le 1er septembre 1939,

sont convenus des dispositions suivantes:

Article premier

Le Gouvernement de l'Union des Républiques socialistes soviétiques versera au Conseil fédéral suisse une indemnité globale et forfaitaire de 5,75 millions (cinq millions sept cent cinquante mille) de francs suisses afin de régler dans son ensemble et à titre définitif toutes les prétentions financières survenues après le 1er septembre 1939 et qui ont été l'objet de pourparlers préliminaires et de négociations entre les deux Parties depuis 1972. Le paiement de l'indemnité interviendra dans un délai de six mois à compter de la date d'entrée en vigueur du présent Accord.

Article 2

Après le paiement définitif de l'indemnité globale et forfaitaire mentionnée à l'article premier du présent Accord, aucune des Parties contractantes ne pourra, par quelque voie que ce soit,

pour son propre compte ou pour celui de personnes physiques ou morales de nationalité suisse ou soviétique, faire valoir ou maintenir envers l'autre Partie contractante des prétentions qui auront été réglées conformément au présent Accord.

Article 3

Chacune des Parties contractantes est entièrement responsable de la mise en oeuvre du présent Accord s'agissant du règlement des prétentions financières de ses propres ressortissants, personnes physiques et morales.

Article 4

Le présent Accord s'applique également à la Principauté de Liechtenstein.

Article 5

Le présent Accord entrera en vigueur le jour où les deux gouvernements se seront notifié, par voie diplomatique, que les formalités constitutionnelles requises pour la conclusion et la mise en vigueur d'accords internationaux ont été accomplies.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé le présent Accord.

Fait à _____, le _____, en deux originaux en langues française et russe, les deux textes faisant également foi.

Pour le Conseil fédéral suisse:

Pour le Gouvernement de
l'Union des Républiques
socialistes soviétiques: